

verzögerte eine »Verspätung« im politischen Modernisierungsprozeß seitens des Staates auch die kulturelle Transformation seitens der Juden oder verlief beides weitgehend unabhängig voneinander?<sup>2)</sup> Erklären sich hieraus auch solch regionale Besonderheiten der innerjüdischen Entwicklung, wie die ausgeprägte Intoleranz gegenüber orthodoxen Tendenzen in Sachsen?

Im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts gewannen Diskussionen um »Toleranz« in all jenen Staaten, in denen sich ein »Aufgeklärter Absolutismus« ausgeformt hatte, eine neue, politische Relevanz. So wurden etwa in Preußen, Baden, Anhalt-Dessau oder Österreich Gesetze erlassen, die – unterschiedlich konsequent – auf eine sozio-kulturelle Integration der Juden in den Untertanenverband zielten. Toleranz in diesem Sinne hieß wohlwollende Duldung verschiedener Religionen, bestenfalls ein an den Prinzipien allgemeiner Humanität orientierter Umgang mit Minderheiten – nicht aber rechtliche Gleichstellung. Der »Aufgeklärte Absolutismus« emanzipierte die Juden also nicht – das blieb der bürgerlichen Gesellschaft vorbehalten –, aber er schuf einen wichtigen, vor allem kulturellen Vorlauf. Zumindest für wohlhabendere bzw. gebildete Juden wurden die Ghettomauern in einem von der Aufklärung geprägten Klima zu einer durchlässigeren Membran, die Kontakte zu aufgeklärten Christen ermöglichte und insofern eine gegenseitige Befruchtung von staatlicher Toleranzpolitik, Aufklärung und jüdischer Haskalah<sup>3)</sup> zur Folge hatte. Das wiederum förderte – wenn auch noch nicht bei der Mehrheit, so doch bei einem wachsenden Teil der Christen und der Juden – die Bereitschaft zur »bürgerlichen Verbesserung« der Minderheit.<sup>4)</sup>

Geht man von dieser Einschätzung aus, so muß das Fehlen einer aufgeklärt-absolutistischen Toleranzpolitik allerdings die Hinwendung zur Emanzipationsfrage auf seiten der Staatsbürokratie ebenso verzögert, eventuell sogar belastet haben, wie den innerjüdischen Modernisierungsprozeß. Die Entwicklung in Sachsen bestätigt diese Vermutung.

Hier gab es keinen »Aufgeklärten Absolutismus«, auch wenn das Rétablissement nach 1763 zu meist mit diesem Begriff verbunden wurde.<sup>5)</sup> Der vom Toleranzpostulat der Aufklärung fast unbeeinflusste und weit hinter der Praxis anderer Staaten zurückbleibende Umgang mit religiösen Minderheiten fordert regelrecht dazu heraus, diese Periode neu zu definieren.<sup>6)</sup>

In Dresden – noch Ende des 17. Jahrhunderts »judenfrei« – lebten bei Ende des Siebenjährigen Krieges 809 Juden. Aus absolutistischen Motiven war die Ansiedlung wohlhabender Juden unter Friedrich August I. und dessen Sohn gefördert und 1746 mit dem kursächsischen Judenmandat auch rechtlich geregelt worden. Trotz der hier festgeschriebenen Restriktionen, die nicht nur die Erwerbsmöglichkeiten, sondern auch das religiöse und soziale Leben der Juden stark einengten, war vor allem für die Brühlsche Zeit eine – an absolutistischen Maßstäben gemessen – recht wohlwollende Haltung der staatlichen Entscheidungsträger gegenüber der Minderheit charakteristisch.<sup>7)</sup>

Das änderte sich 1763. Für die von starken antijüdischen Vorurteilen geprägte Haltung der Männer um Thomas von Fritsch gibt es mehrere Gründe, die an dieser Stelle nicht im einzelnen erörtert werden sollen.<sup>8)</sup> Wichtig für die hier im Zentrum stehende Fragestellung sind vor allem zwei Aspekte:

1. Während kapitalkräftige Juden in Preußen, vor allem aber in Böhmen, als Gründer und Finanziere von Manufakturen gefördert wurden, erblickte Kursachsen, obwohl es der gewerb-